

# Internationaler Terrorismus und EU-Erweiterung: Auswirkungen auf die subjektive Sicherheit

Teilergebnisse von Bürgerbefragungen

Von Anton Sterbling und Joachim Burgheim

Nach dem terroristischen Anschlag von Madrid im Jahre 2004 haben die Ereignisse im Juli 2005 in London erneut in erschütternder Weise gezeigt, dass eine Bedrohung durch den internationalen islamistisch-fundamentalistischen Terrorismus in Europa weiterhin unmittelbar besteht. Diese mit dem 11. September 2001 schlagartig ins Bewusstsein gerückte Bedrohungsgefahr blieb nicht ohne Auswirkungen auf die subjektive Sicherheitswahrnehmung der Menschen in der westlichen Welt und in Europa. Mit der Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfes in Frankreich und in den Niederlanden wiederum zeigte sich, dass die Bürger dieser Länder den EU-Erweiterungsprozess recht ambivalent und zurückhaltend beurteilen. In vielen anderen europäischen Staaten erscheint die Lage ähnlich. Daher wirft sich die Frage auf, wie die EU-Erweiterung in der unmittelbaren Nachbarschaft zu zwei Beitrittsländern, nämlich zu Polen und zur Tschechischen Republik, allgemein wie auch im Hinblick auf die Sicherheitslage beurteilt wird. Beide Aspekte, das Bedrohungsgefühl angesichts des internationalen Terrorismus und die Auswirkung der EU-Erweiterung auf das Sicherheitsempfinden, sind im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung Ende 2004 in Görlitz zur Problematik der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität miterhoben worden und werden näher dargestellt. Da es sich bei dieser Befragung um eine Wiederholungsuntersuchung handelt, werden außerdem einige aufschlussreiche Befunde zur Entwicklung der subjektiven Sicherheit vorgestellt.

## Zur Untersuchungsreihe

Bei der Bevölkerungsbefragung, auf die wir uns hier in der Hauptsache beziehen, handelt es sich um eine Wiederholungsuntersuchung zu verschiedenen Aspekten der subjektiven Sicherheit und Lebensqualität, die Ende des Jahres 2004 durchgeführt wurde. Eine erste Untersuchung dieser Art, zu der eine Reihe von Publikationen vorliegen (z.B. Burgheim/Sterbling 1999a; Burgheim/Sterbling 1999b), erfolgte im Sommer 1998 in Hoyerswerda, eine weitere in der gleichen Stadt Ende 2002 (Burgheim/Sterbling 2003; Sterbling/Burgheim 2004). Im Jahre 1999 wurde in Görlitz eine ähnlich gelagerte Befragung (Burgheim/Sterbling 2000a; Burgheim/Sterbling 2000b; Sterbling 2001a) mit einer Untersuchungswiederholung 2004 (Sterbling/Burgheim 2005) durchgeführt.

In allen vier Fällen wurden 2 000 zufällig ausgewählte Bürger von Görlitz bzw. Hoyerswerda im Alter ab 14 Jahren schriftlich befragt. Die Rücklaufquoten lagen bei 36 Prozent (Hoyerswerda 1998) und 37 Prozent (Hoyerswerda 2002) sowie 48 Prozent (Görlitz 1999) und 45 Prozent (Görlitz 2004). In allen Fällen ergab eine nähere Überprüfung der Repräsentativität im Hinblick auf verschiedene soziodemographische Merkmale, dass die Merkmalsverteilungen in den auswertbaren Stichproben weitgehend denen der Grundgesamtheiten entsprachen, so dass von verallgemeinerbaren Ergebnissen ausgegangen werden kann (Sterbling/Burgheim 2005, S. 36 ff).

Bei den vier Erhebungen wurde mit einem im Kernbereich nahezu identischen Befragungsinstrument gearbeitet, so dass



*Prof. Dr. Anton Sterbling, FHS für Polizei Sachsen*



*Prof. Dr. Joachim Burgheim, FHS für öffentl. Verwaltung, Gelsenkirchen*

sowohl Vergleiche im Zeitverlauf wie auch zwischen beiden Städten möglich sind. Die Fragen zum internationalen Terrorismus wurden allerdings erst bei der Befragung 2002 in Hoyerswerda und die Fragen zur EU-Erweiterung erstmals 2004 in den Fragebogen aufgenommen, so dass die diesbezüglichen intertemporalen Vergleichsmöglichkeiten entsprechend begrenzt bleiben.

Die Fragebogen umfassten jeweils etwa 60 geschlossene und einige offene Fragen und bezogen sich u.a. auf folgende Problemkomplexe: Zufriedenheit mit der Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen, Zufriedenheit mit der inneren Sicherheit, subjektive Angst vor Kriminalität, eigene Opfererfahrungen, Zufriedenheit mit der Polizei<sup>1</sup>, soziodemographische und sozialräumliche Aspekte, Vorschläge der Bürger. In diesem Beitrag werden lediglich einige aufschlussreiche Teilergebnisse der Gesamtuntersuchung näher dargestellt, die sich auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die EU-Erweiterung und die allgemeine Entwicklung der subjektiven Sicherheit beziehen.

### Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in der subjektiven Sicht der Bürger

Die Wahrnehmung einer möglichen Bedrohungsgefahr durch einen militanten islamistischen Fundamentalismus ist nicht neu (Huntington 1997; Hoffman 1999; Tibi 2000; Tibi 2001; Oesterdiekhoff 2003). Die weltpolitischen Entwicklungen im 21. Jahrhundert lassen indes befürchten, dass die Gefahren, die vom internationalen Terrorismus und insbesondere vom islamisch-fundamentalistischen Terrorismus ausgehen, anhalten werden, in ihrem Ausmaß schwer abzuschätzen sind und sich durchaus noch steigern können. Dies gilt auch für Deutschland, das von Anschlägen zwar bisher verschont blieb, aber allen Erkenntnissen nach doch, insbesondere als Vorbereitungs- und Rückzugsraum, eine wichtige Rolle im Netzwerk und in der Logistik des internationalen Terrorismus spielt. Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen: Wie erreicht diese Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hierzulande den einzelnen Bürger? Wie wird diese Gefahr subjektiv wahrgenommen und verarbeitet? Welche Bewertungen und Meinungsbilder der Bürger liegen dazu vor?

Diese Fragen bezogen wir bereits bei der Untersuchung 2002 in Hoyerswerda

ein (Sterbling/Burgheim 2003) und stellen sie erneut bei der Wiederholungsbefragung 2004 in Görlitz. Im Einzelnen wurde nach der Beunruhigung der Bürger im Hinblick auf die Gefahren des internationalen Terrorismus und nach der Bedrohung, den dieser für den Westen, für die Bundesrepublik Deutschland und für den einzelnen Bürger darstellt, gefragt. Ebenso wurde erhoben, ob aus der Sicht der befragten Bürger bisher genügend gegen die Gefahr des internationalen Terrorismus getan wurde.

Bei der Frage, welche der drei Deliktarten oder Gefahren der persönlichen und öffentlichen Sicherheit aus einer umfangreicheren Aufzählungsliste von 14 Antwortmöglichkeiten die befragten Bürger „am stärksten beunruhigen“ würden, gaben 29,4 Prozent – in Hoyerswerda waren es übrigens auch rund 30 Prozent – den „internationalen Terrorismus“ mit an. Hinter den Beunruhigungsgründen „Vandalismus/Rowdytum“ (53,1 Prozent) sowie „Diebstahl/Einbruch“ (44,6 Prozent) und neben „Verkehrslowdytum“ (30,9 Prozent) stellt der internationale Terrorismus einen gewichtigen Grund der Beunruhigung für die Bürger dar. Er trägt in einem größeren Umfang zur Beunruhigung bei als beispielsweise „Grenzdelikte“ (21,5 Prozent), „Gewaltdelikte“ (20,4 Prozent), „Rauschmittelkriminalität“ (14,9 Prozent), „Sexualdelikte“ (11,5 Prozent) oder „Umweltdelikte“ (8,9 Prozent). Nur am Rande sei erwähnt, dass die Beunruhigung über den „politischen Extremismus“, nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag, deutlich zugenommen hat. Waren es 1999 in Görlitz 22,2 Prozent und 2002 in Hoyerswerda 19,6 Prozent, die sich diesbezüglich stark beunruhigt zeigten, so stieg ihr Anteil bei der Befragung 2004 in Görlitz auf 28,2 Prozent.

Eine differenzierter formulierte Frage bezog sich darauf, in welchem Maße die Befragten über den in der letzten Zeit in Erscheinung getretenen internationalen Terrorismus beunruhigt sind. Um die diesbezüglichen Antworten besser einordnen zu können, kann man sie mit den Ergebnissen in Hoyerswerda und beispielsweise auch mit den Befunden zur Beunruhigung über gegenwärtige Probleme der persönlichen und öffentlichen Sicherheit vergleichen (Tabelle 1).

Demzufolge erklärten sich über die gegenwärtigen Erscheinungen des internationalen Terrorismus bei der Befragung im Jahre 2004 in Görlitz 13,4 Prozent der Befragten „sehr stark“, 31,8 Prozent „stark“, 42,7 Prozent „etwas“ und lediglich 11,1 Prozent „gar nicht“ beunruhigt. Dies ist zwar ein geringeres Ausmaß der Beunruhigung als bei der zeitnäher zu den Ereignissen des 11. September 2001 durchgeführten Untersuchung in Hoyerswerda, bei der 22,7 Prozent „sehr stark“, 34,7 Prozent „stark“ und 35,4 „etwas“ und nur 6,5 „gar nicht“ beunruhigt waren. Der Anteil der stark oder sehr stark Beunruhigten geht in dieser Vergleichsperspektive von 57,4 Prozent (Hoyerswerda 2002) auf 45,2 Prozent (Görlitz 2004) zurück.

### Relativ hohes Ausmaß der Beunruhigung

Dass es sich dennoch um ein relativ hohes Ausmaß der Beunruhigung handelt, wird indes bei einem Vergleich mit dem Ausmaß der Beunruhigung im Hinblick auf allgemeine Probleme der persönlichen und öffentlichen Sicherheit deutlich. Im Hinblick auf die persönliche und öffentliche Sicherheit allgemein erklärten sich lediglich insgesamt 23,8 Prozent „sehr stark“ (2,9 Prozent) oder „stark“ (20,9 Prozent) beunruhigt. In Hoyerswerda betrug dieser

Ausmaß der Beunruhigung	sehr stark	stark	etwas	gar nicht	k. A.
wegen internationalem Terrorismus Hoyerswerda 2002	119 3,4 % (22,7 %)	283 31,8 % (34,7 %)	380 42,7 % (35,4 %)	99 11,1 % (6,5 %)	9 1,0 % (0,7 %)
wegen persönlicher und öffentlicher Sicherheit Görlitz 1999 Hoyerswerda 2002	26 2,9 % (5,5 %) (5,3 %)	186 20,9 % (32,5 %) (26,9 %)	590 66,3 % (57,9 %) (62,7 %)	83 9,3 % (3,3 %) (4,6 %)	5 0,6 % (0,7 %) (0,5 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die Prozentangaben in Klammer beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 1999 und die kursiv gesetzten Prozentangaben in Klammer beziehen sich auf die Untersuchungsergebnisse von Hoyerswerda 2002.

Tabelle 1: Ausmaß der Beunruhigung wegen internationalem Terrorismus und wegen sonstiger gegenwärtiger Probleme der persönlichen und öffentlichen Sicherheit

Ausmaß, in dem die Aussage zutrifft	uneingeschränkt	eher zutreffend	eher nicht	überhaupt nicht	k. A.
große Gefahr für westliche Welt Hoyerswerda 2002	331 37,2 % (44,9 %)	417 46,8 % (42,4 %)	120 13,5 % (10,3 %)	16 1,8 % (0,9 %)	6 0,7 % (1,5 %)
große Gefahr für BR Deutschland Hoyerswerda 2002	200 22,5 % (32,6 %)	410 46,1 % (32,6 %)	249 28,0 % (18,0 %)	24 2,7 % (2,0 %)	7 0,8 % (1,1 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die kursiv gesetzten Prozentangaben in Klammer beziehen sich auf die Untersuchungsergebnisse von Hoyerswerda 2002.

**Tabelle 2: Einschätzung des internationalen Terrorismus als große Gefahr für die westliche Welt und für die Bundesrepublik Deutschland**

Ausmaß der persönlichen Bedrohung	sehr stark	sehr stark	etwas	etwas	k. A.
durch internationalen Terrorismus Hoyerswerda 2002	22 2,5 % (10,3 %)	124 13,9 % (20,7 %)	502 56,4 % (52,7 %)	236 26,5 % (15,3 %)	6 0,7 % (1,1 %)
durch Gewalttaten Görlitz 2004 Hoyerswerda 2002	16 1,8 % (2,4 %)	49 5,5 % (9,2 %)	435 48,9 % (57,4 %)	372 41,8 % (27,4 %)	18 2,0 % (27,4 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die kursiv gesetzten Prozentangaben in Klammer beziehen sich auf die Untersuchungsergebnisse von Hoyerswerda 2002.

**Tabelle 3: Einschätzung der persönlichen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und der Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden**

Es wurde genug getan	ja	nein	ich kann dies nicht einschätzen	k. A.
zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus Hoyerswerda 2002	103 11,6 % (11,1 %)	231 25,9 % (20,7 %)	551 61,9 % (61,2 %)	5 0,6 % (1,5 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die kursiv gesetzten Prozentangaben in Klammer beziehen sich auf die Untersuchungsergebnisse von Hoyerswerda 2002.

**Tabelle 4: Beurteilung der in der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ergriffenen Maßnahmen**

sehr positiv	eher positiv	teils/teils	eher negativ	sehr negativ	k. A.
91 10,2 %	208 23,4 %	419 47,1 %	116 13,0 %	51 5,7 %	5 0,6 %

**Tabelle 5: Beurteilung der EU-Erweiterung durch die Görlitzer Bürger**

keine Änderung	erheblich verbessert	erheblich verbessert	eher verschlechtert	erheblich verschlechtert	k. A.
569 63,9 %	8 0,9 %	44 4,9 %	224 25,2 %	39 4,4 %	6 0,7 %

**Tabelle 6: Beurteilung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung durch die Görlitzer Bürger**

Anteil übrigens 32,2 Prozent und in Görlitz 1999 noch 38 Prozent. Dies bedeutet einerseits eine erheblich stärkere Beunruhigung wegen des internationalen Terrorismus als wegen der persönlichen und öffentlichen Sicherheit und signalisiert andererseits auch eine deutliche Verbesserung der subjektiven Sicherheit, worauf später noch zurückzukommen sein wird.

Eine weitere Fragestellung lautete: In welchem Maße wird der internationale Terrorismus als eine „große Gefahr für die westliche Welt“ und für die „Bundesrepublik Deutschland“ angesehen? (Tabelle 2)

Der Aussage, dass der internationale Terrorismus eine „große Gefahr“ für die westliche Welt darstellt, stimmten 2004 in Görlitz 37,2 Prozent der Befragten „uneingeschränkt“ zu, 2002 in Hoyerswerda waren es sogar 45 Prozent. Weitere 46,8 Prozent in Görlitz und 42,4 Prozent in Hoyerswerda hielten diese Aussage als „eher zutreffend“, während nur 13,5 Prozent (in Görlitz) und 10,3 Prozent (in Hoyerswerda) sie als „eher nicht zutreffend“ und gar nur rund 1 bis 2 Prozent als „überhaupt nicht“ zutreffend betrachteten. Weit über 80 Prozent der Befragten beider Untersuchungen erkennen im internationalen Terrorismus also eine große Gefahr für die westliche Welt.

Die Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland durch den internationalen Terrorismus wird zwar etwas geringer eingeschätzt: In diesem Falle waren es in Görlitz insgesamt 68,8 Prozent, die eine entsprechende Aussage als „uneingeschränkt“ (22,5 Prozent) oder „eher“ (46,1 Prozent) zutreffend bezeichneten – in Hoyerswerda waren es übrigens noch insgesamt 79,1 Prozent, die einer solchen Einschätzung zuneigten –, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland sehen

**Über zwei Drittel sehen große Terrorismusgefahr für Deutschland**

über zwei Drittel der befragten Bürger im internationalen Terrorismus eine große Gefahr. Beide Befunde sprechen eindeutig dafür, dass der internationale Terrorismus als eine starke Bedrohung für die westliche Welt insgesamt, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland, als einen Teil derselben, angesehen wird.

Eine wichtige Frage lautet in diesem Zusammenhang, inwiefern sich die Bürger auch unmittelbar bzw. persönlich von dieser Gefahr bedroht empfinden? (Tabelle 3). Um auch in diesem Falle eine Ver-

gleichsmöglichkeit zur besseren Einordnung der Befunde zu erhalten, werden die Antworten auf die Frage, wie stark sich die Bürger „persönlich durch den internationalen Terrorismus bedroht“ fühlen, den Antworten bei der Beurteilung der persönlichen Gefahr, „Opfer einer Körperverletzung oder sonstigen Gewalttat zu werden“, gegenübergestellt..

Die vorliegenden Befunde zur Wahrnehmung der persönlichen Bedrohung sind auf den ersten Blick erstaunlich. In Görlitz sehen sich insgesamt 16,4 Prozent der Befragten persönlich „sehr stark“ (2,5 Prozent) oder „stark“ (13,9 Prozent) durch den internationalen Terrorismus bedroht, lediglich 26,5 Prozent sehen für sich in dieser Hinsicht für sich gar keine Gefahr. Die Gefährdungsmöglichkeit durch eine Körperverletzung oder sonstigen Gewalttat erscheint indes lediglich für insgesamt 7,3 Prozent „sehr stark“ (1,8 Prozent) oder „stark“ (5,5 Prozent). In Hoyerswerda waren diese Unterschiede übrigens noch stärker ausgeprägt, dort sahen sich sogar 31 Prozent der Befragten persönlich „sehr stark“ (10,3 Prozent) oder „stark“ (20,7 Prozent) durch den Terrorismus bedroht, aber nur 11,6 Prozent in einer Gefahr, Opfer einer Körperverletzung oder Gewalttat zu werden.

### Wie erklären sich paradox erscheinende Befunde?

Wie sind diese erstaunlichen, gewissermaßen paradox erscheinenden Befunde zu erklären? Die angesprochenen Bedrohungsrisiken bzw. Bedrohungsempfindungen sind nicht gleich gelagert und daher der Sache nach auch nicht unmittelbar vergleichbar, wiewohl sie in der Gewaltkomponente einen wichtigen gemeinsamen Bezugspunkt aufweisen (Sterbling 2002b, S. 26 ff). Die wesentlichen Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung sind aber wohl darin zu vermuten, dass es sich bei der Gefahr durch den internationalen Terrorismus um ein sehr unkalkulierbares, komplexes und diffuses Risiko handelt, das subjektiv daher anders verarbeitet und im Ergebnis sehr hoch veranschlagt wird. Dabei ist auch zu bedenken, dass sich Menschen im Alltag gewöhnlich nicht oder nicht vorwiegend an statistisch abgesicherten Risikoabwägungen orientieren, sondern sich in einem erheblichen Maße durch Stimmungen und öffentliche Meinungsbilder und nicht zuletzt durch die Berichterstattung der Massenmedien beeinflussen lassen (Sterbling

1991; Sterbling 2002c; Kury/Lichtblau/Neumaier 2004).

Auch im Vergleich zur subjektiven Wahrnehmung anderer persönlicher Bedrohungen oder Viktimisierungsgefahren (z.B. Diebstahl, Einbruch, Raub, Erpressung, sexuelle Belästigung u.ä.) lässt sich im Hinblick auf den internationalen Terrorismus ein bemerkenswert stark ausgeprägtes Bedrohungsempfinden erkennen. Dies bedeutet umso mehr, dass die persönlich empfundene Bedrohung durch den internationalen Terrorismus im Hinblick auf die subjektive Sicherheit als ein sehr ernst zu nehmender Sachverhalt betrachtet werden sollte, dem in der Polizeiarbeit und darüber hinaus entsprechend Rechnung zu tragen ist.

Schließlich stellt sich Frage, wie die in der Bundesrepublik Deutschland bislang ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die Bürger eingeschätzt werden? (Tabelle 4).

Lediglich 11,6 Prozent der in Görlitz und 11,1 Prozent der in Hoyerswerda Befragten äußerten die Ansicht, dass in der Bundesrepublik Deutschland bisher genügend zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus getan worden sei, 25,9 Prozent in Görlitz und 20,7 Prozent in Hoyerswerda meinten hingegen, dass nicht genug erfolgte. In den in einem Zeitabstand von zwei Jahren durchgeführten Befragungen lassen sich diesbezüglich also recht ähnliche Ansichten erkennen.

### Über 60 Prozent verzichten auf eigene Bewertung

Noch bemerkenswerter erscheint, dass in beiden Fällen rund 62 Prozent der Befragten keine dezidierte Meinung zu dieser Frage haben und insbesondere äußern, diese Sachverhalte selbst nicht einschätzen könnten. Ein großer Teil der Befragten verzichtet in dieser komplizierten Sachfrage also auf eine eigene Bewertung und eindeutige Stellungnahme. Soweit eine solche erfolgt, überwiegt indes die Ansicht, dass in Deutschland noch nicht genügend wirksame Schutzmaßnahmen gegen den internationalen Terrorismus erfolgt sind.

Bei der Einschätzung der Gefahren des internationalen Terrorismus zeigte sich, dass verschiedene soziodemographische Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildungsabschlüsse und Beschäftigungsstatus einen signifikanten Einfluss erkennen lassen. Da diese Zusammenhänge aber bereits bei der Untersuchung in Hoyerswer-

da eingehend analysiert wurden (Sterbling/Burgheim 2003, S. 184 f; Sterbling/Burgheim 2004, S. 105 ff) und sich jetzt ganz ähnlich darstellen, soll darauf an dieser Stelle lediglich verwiesen werden.

### EU-Erweiterung und subjektive Sicherheit

Von den zehn Staaten, die seit dem 1. Mai 2004 der Europäischen Union angehören, sind zwei, nämlich Polen und die Tschechische Republik, unmittelbare Nachbarländer des Freistaates Sachsen. Daher stellte sich seit längerem neben der Frage, welche Herausforderungen und Chancen sich mit dem fortschreitenden EU-Erweiterungsprozess verbinden (Sterbling 2004a; Wagner 2005; Vobruba 2005), auch die Frage, welche Auswirkungen dieser Vorgang auf die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, in den östlichen Bundesländern, die an die neuen EU-Mitgliedstaaten angrenzen, sowie in den unmittelbaren Grenzregionen hat (Sterbling 2001). Da Görlitz nicht nur Grenzstadt zu Polen, sondern seit dem Zweiten Weltkrieg auch eine geteilte Stadt mit einem deutschen und polnischen Stadtteil ist (Sterbling 2005) und auch von der tschechischen Grenze nicht allzu weit entfernt liegt, kam bei unserer Untersuchung im Spätherbst 2004 natürlich auch die Frage auf, wie die EU-Erweiterung allgemein von den Görlitzer Bürger beurteilt wird und wie diese die neue Sicherheitslage subjektiv wahrnehmen.

Zunächst soll näher auf die Meinung der befragten Bürger zur EU-Erweiterung allgemein eingegangen werden (Tabelle 5). Die EU-Erweiterung wird von 10,2 Prozent der Befragten „sehr positiv“ und von weiteren 23,4 Prozent „eher positiv“ beurteilt. Nahezu die Hälfte der Befragten (47,1 Prozent) lassen indes eine ambivalente Haltung erkennen, indem sie mit „teils/teils“ antworteten. „Eher negativ“

### Positive Meinung überwiegt

beurteilen 13 Prozent die EU-Erweiterung und 5,7 Prozent äußerten dazu eine sehr negative Meinung. Das heißt, von gut einem Drittel (33,5 Prozent) der Befragten erfolgt eine vorwiegend positive, von knapp einem Fünftel (18,7 Prozent) eine vorwiegend negative Beurteilung, während der größte Teil (47,1 Prozent) der Befragten eine ambivalente Meinung bekundet.

Eine nähere Analyse macht deutlich, dass alle wichtigen soziodemographi-

schen Merkmale einen hoch signifikanten Zusammenhang mit der Einschätzung der EU-Erweiterung erkennen lassen.<sup>2</sup>

Im Hinblick auf das Alter ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.) zeichnet sich bei der jüngsten Altersgruppe der 14 bis 19-jährigen eine deutlich Zurückhaltung bei der positiven Bewertung ab. Hier sind es nur knapp 20 Prozent, im Vergleich zu 33,5 Prozent bei allen, die die EU-Erweiterung vorwiegend positiv beurteilen, aber 62,5 Prozent, die mit „teils/teils“ antworteten. Mit einem Anteil von 47 Prozent, die die EU-Erweiterung vorwiegend positiv einschätzen, hebt sich die Altersgruppe der 25 bis 29-jährigen hervor und ebenso mit 42 Prozent die Altersgruppe der über 65-jährigen. Auch die Altersgruppe der 60 bis 64-jährigen neigt stärker zu einer positiven Einschätzung. Überdurchschnittlich negativ schätzen die mittleren Altersgruppen, insbesondere die 45 bis 49-jährigen sowie die 50 bis 54-jährigen, aber auch die 40 bis 44-jährigen, die EU-Erweiterung ein. Nach den Motiven dieser altersgruppenspezifischen Differenzen müsste eingehender geforscht werden, insbesondere, ob diese mehr in der politischen

### Frauen und Männer mit unterschiedlicher Einschätzung

Sozialisation der entsprechenden Alterskohorten oder mehr in der Rationalisierung ihrer gegenwärtigen Lebenssituation bzw. in Befürchtungen um die eigene wirtschaftliche und berufliche Lage und Arbeitssituation begründet sind.

Zumindest auf den ersten Blick erstaunlich erscheint der hoch signifikante Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Befragten und ihrer Einschätzung der EU-Erweiterung ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.). „Sehr positiv“ beurteilen 14,3 Prozent der Männer, aber nur 6,7 Prozent der Frauen diesen Vorgang, „eher positiv“ 25,2 Prozent der Männer und 22 Prozent der Frauen. Mit „teils/teils“ antworteten indes 41,4 Prozent der Männer und 52,6 Prozent der Frauen, während die Anteile bei denjenigen, die die EU-Erweiterung „eher negativ“ (jeweils 13 Prozent) oder „sehr negativ“ (6 Prozent bzw. 5,3 Prozent) beurteilen, weitgehend übereinstimmen. Der geschlechtsspezifische Effekt ist also vor allem auf eine stärkere Zurückhaltung der Frauen bei den positiven Einschätzungen und einer ausgeprägteren Tendenz zur ambivalenten Haltung zurückzuführen.

Im Hinblick auf die Ausbildungsabschlüsse ist ebenfalls ein hoch signifi-

kanter Zusammenhang gegeben ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.). Von den Befragten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschlüssen bewerten 53 Prozent die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und nur 10 Prozent vorwiegend negativ, bei den noch in der Ausbildung Befindlichen, äußern 32 Prozent eine vorwiegend positive und 14 Prozent eine vorwiegend negative Meinung, bei den Befragten mit beruflichem oder fachlichem Abschluss werten 28 Prozent die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und 22 Prozent vorwiegend negativ, während bei den Befragten ohne Ausbildungsabschluss nur 23 Prozent zu einer vorwiegend positiven, aber 28 Prozent zu einer vorwiegend negativen Einschätzung tendieren.

Zwischen dem Beschäftigungsstatus und der Beurteilung der EU-Erweiterung besteht ebenfalls ein enger Zusammenhang ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.). Die Rentner neigen zu 39 Prozent zu einer vorwiegend positiven und nur zu 12 Prozent zu einer vorwiegend negativen Beurteilung der EU-Erweiterung. Bei ihnen liegt ein deutlicher Interaktionseffekt mit dem Alter vor. Die Vollbeschäftigten äußern sich zu 33 Prozent vorwiegend positiv und zu 23 Prozent vorwiegend negativ, die Teilzeitbeschäftigten zu 31 Prozent vorwiegend positiv und zu 24 Prozent vorwiegend negativ, die Arbeitslosen indes nur zu 25 Prozent vorwiegend positiv und zu 29 Prozent vorwiegend negativ. Bei den noch in der Ausbildung Befindlichen schätzen 40 Prozent die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und nur 11 Prozent vorwiegend negativ ein.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass insbesondere Arbeitslose und Befragte mit niedrigeren Ausbildungsabschlüssen den EU-Erweiterungsprozess negativer einschätzen<sup>3</sup>, während Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und Rentner und mithin auch ältere Geburtskohorten wie auch noch in der Ausbildung befindliche jüngere Menschen zu einer überdurchschnittlich positiven Bewertung neigen.

### Keine nennenswerte Änderung der Sicherheitslage nach EU-Erweiterung

Wie wird die Sicherheitslage in Görlitz vor dem Hintergrund der am 1. Mai 2004 erfolgten EU-Erweiterung und der aufgezeigten allgemeinen Einschätzung dieses Vorgangs beurteilt? (Tabelle 6).

Als ein erster wesentlicher Befund lässt

sich festhalten, dass fast zwei Drittel, nämlich 63,9 Prozent, der Befragten meinen, dass nach der EU-Erweiterung keine nennenswerte Änderung der Sicherheitslage vor Ort eingetreten sei. Dies ist wohl eine realistische Wahrnehmung, zumal weder die Kriminalitätsstatistik des Freistaates Sachsen (*Innenminister de Maizière* 2005) noch die lokale Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2004 auffällige Effekte der EU-Erweiterung erkennen lässt. Eine gravierende Veränderung der „objektiven“ Sicherheitslage ist demnach nicht eingetreten. Nur 0,9 Prozent der Befragten meinen indes, dass sich die Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung „erheblich“ und 4,9 Prozent, dass sie sich „eher“ verbessert hätte, während 25,2 Prozent der Ansicht sind, dass sich die Sicherheitsgegebenheiten „eher verschlechtert“ und weitere 4,4 Prozent, meinen, dass sie sich „erheblich verschlechtert“ hätte. Es dominiert zwar die realitätsnahe Vorstellung, dass keine nennenswerten Veränderungen erfolgt seien, wenn aber von einer veränderten Lage ausgegangen wird, herrscht doch stärker der Eindruck einer Verschlechterung als der einer Verbesserung der Sicherheitslage in Folge der EU-Erweiterung vor.

Von den soziodemographischen Variablen lassen weder das Alter ( $p = 0,942 > 0,05$ , n.s.) noch das Geschlecht ( $p = 0,888 > 0,05$ , n.s.) einen engeren Zusammenhang mit der Bewertung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung erkennen. Im Hinblick auf den Ausbildungsabschluss ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.) und den Beschäftigungsstatus ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.) ist ein solcher Zusammenhang allerdings deutlich. Befragte mit einem niedrigeren Ausbildungsabschluss, d.h. ohne Ausbildungsabschluss (33 Prozent) oder mit beruflichem oder fachlichem Abschluss (ebenfalls 33 Prozent), neigen stärker dazu als Befragte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (23 Prozent) oder als noch in der Ausbildung befindliche Befragte (21 Prozent), eine Verschlechterung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung auszumachen. Ebenso tendieren Vollzeitbeschäftigte (36 Prozent) und Arbeitslose (33 Prozent) stärker als Rentner (25 Prozent) oder noch in der Ausbildung befindliche Personen (21 Prozent) zu einer solchen Einschätzung.

Wenn schließlich auch ein hoch signifikanter Zusammenhang ( $p = 0,000 < 0,01$ , h.s.) zwischen der allgemeinen Einschätzung der EU-Erweiterung und der Beurteilung der danach gegebenen lokalen Si-

cherheitslage festgestellt werden kann, so belegt dies erneut die bekannte These, dass es sich bei der subjektiven Sicherheit oft um mehr als nur das Ergebnis konkreter Sicherheitswahrnehmungen handelt und dass darin vielfach auch diffuse Verunsicherungen auf Grund rascher gesellschaftlicher Veränderungen oder aber relativ stabile Grundeinstellungen zum Ausdruck kommen (Burgheim 1999; Sterbling 2003; Kury/Lichtblau/ Neumaier 2004). Dafür spricht jedenfalls der durchschlagende Einfluss der Ausbildungsabschlüsse und des Erwerbsstatus auf die subjektive Einschätzung der EU-Erweiterung und ihrer sicherheitsrelevanten Auswirkungen.

### Zur Entwicklung der subjektiven Sicherheit

Zur besseren Einordnung der dargestellten Befunde sei zumindest knapp umrissen, wie sich die subjektive Sicherheit der Bürger in den letzten Jahren entwickelt hat. Bereits im Hinblick auf die Beunruhigung über Probleme der persönlichen und öffentlichen Sicherheit (Tabelle 1) wurde angemerkt, dass der intertemporale Vergleich dafür spricht, dass sich die subjektive Sicherheit in den zurückliegenden Jahren in Görlitz – wie auch schon bei der

#### Erheblich bessere subjektive Sicherheitswerte

Wiederholungsuntersuchung in Hoyerswerda festgestellt werden konnte (Sterbling/Burgheim 2004) – erheblich verbessert hat. Dies lässt, wie sich zeigte (Sterbling/Burgheim 2005), eine Reihe weiterer Indikatoren erkennen, von denen hier nur drei, gleichsam exemplarisch, herangezogen werden sollen.

Zunächst kann man das sogenannte „Standarditem“, also die in vielen Untersuchungen verwendete Frage nach dem Sicherheitsgefühl nachts draußen alleine in der Wohngegend, betrachten (Tabelle 7). Beim Standarditem zeigt sich eine beeindruckende Verbesserung des Sicherheitsgefühls. Über die Hälfte der Befragten äußern 2004, dass sie sich in ihrer Wohngegend nachts vorwiegend sicher fühlen („sehr sicher“ und „ziemlich sicher“), während es bei der Vergleichsuntersuchung 1999 nur etwa 30 Prozent gewesen waren. Besonders deutlich stellt sich diese Veränderung in der Kategorie „ziemlich sicher“ dar, in der sich eine Verbesserung um nahezu 20 Prozentpunkte ergab. Auch der Anteil derjenigen, die

Furchtdimension	sehr sicher	ziemlich sicher	ziemlich unsicher	sehr unsicher	k. A.
Sicherheit nachts in der Wohngegend Görlitz 1999	43 4,8 % (2,9 %)	415 46,6 % (27,6 %)	337 37,9 % (46,6 %)	93 10,4 % (22,5 %)	2 0,2 % (0,3 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die Prozentangaben in Klammern auf die Untersuchung in Görlitz 1999.

Tabelle 7: Sicherheitsgefühl nachts allein in der Wohngegend

Bedrohungsempfinden	ja	nein	k.A.
in Straßen und Plätzen Görlitz 1999	279 31,3 % (38,7 %)	586 65,8 % (38,7 %)	25 2,8 % (2,1 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die Prozentangaben in Klammern auf die Untersuchung in Görlitz 1999.

Tabelle 8: Bedrohungsgefühl in bestimmten Straßen und an bestimmten Plätzen

Zufriedenheit Bereich	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	k.A.
öff. Sicherheit vor Ort Görlitz 1999	46 5,2 % (1,5 %)	503 56,5 % (32,3 %)	276 31,0 % (50,4 %)	59 6,6 % (15,5 %)	6 0,7 % (0,3 %)

Die absoluten Zahlen und die Prozentangaben ohne Klammern beziehen sich auf die Untersuchung in Görlitz 2004, die Prozentangaben in Klammern auf die Untersuchung in Görlitz 1999.

Tabelle 9: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in Görlitz

sich sehr unsicher fühlen, sank auffallend um rund 12 Prozent, von 22,5 Prozent im Jahre 1999 auf 10,4 Prozent 2004.

Mit einer anderen, insbesondere für das tatsächliche Verhalten relevanten Frage wurde zu erfassen versucht, ob sich die befragten Bürger an bestimmten Orten der Stadt unsicher bzw. belästigt oder bedroht fühlen (Tabelle 8).

Im Jahre 1999 lag der Anteil der Befragten, die angaben, dass sie sich in bestimmten Straßen oder an bestimmten Plätzen der Stadt unsicher oder bedroht fühlten, bei 38,7 Prozent, 2004 sind es noch 31,3 Prozent. Dies ist ein deutlicher Rückgang, der für eine verbesserte Sicherheitslage oder zumindest für eine positive Entwicklung des unmittelbar verhaltensrelevanten Sicherheitsgefühls spricht. Wenn aber weiterhin knapp ein Drittel der Befragten bestimmte Straßen und Orte aus Sicherheitsgründen meidet, können die Bemühungen einer sozialräumlich konkreten Präventionsarbeit in Görlitz, wohl noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, sondern fordern zur weiteren gemeinsamen Anstrengung aller zuständigen Einrichtungen wie natürlich auch der Bürger selbst heraus.<sup>4</sup>

Besonders auffällig hat sich die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in Görlitz entwickelt (Tabelle 9).

Mit der öffentlichen Sicherheit vor Ort erklärten sich im Jahre 2004 in Görlitz 5,2 Prozent der Befragten „sehr zufrieden“ und weitere 56,5 Prozent „eher zufrieden“. „Eher unzufrieden“ äußerten sich indes 31 Prozent und „sehr unzufrieden“ lediglich 6,6 Prozent der befragten Bürger. Der Anteil der mit der öffentlichen Sicherheit in Görlitz vorwiegend Zufriedenen, der in den vorausgegangenen Untersuchungen in Görlitz lediglich ein Drittel (33,8 Prozent) betrug, erhöhte sich 2004 auf knapp 62 Prozent der Befragten. Dies lässt eine außerordentlich positive Entwicklung erkennen, die zwar einem allgemeinen Entwicklungstrend bei der Einschätzung der inneren Sicherheit in Deutschland und in Ostdeutschland folgt (Kury/Obergfell-Fuchs 2003; Dittmann 2005), aber wohl auch das Ergebnis einer Vielzahl von Bemühungen zur Verbesserung der subjektiven Sicherheit in Görlitz und im Freistaat Sachsen darstellt und mithin auch deutliche Erfolge der intensiven Präventionsarbeit vor Ort sichtbar macht.

### Abschließende Gedanken

Die Untersuchungsergebnisse ließen erkennen, dass Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus eine große Bedeutung in der subjektiven Sicherheitswahrnehmung zukommt. Ebenso zeigte sich, dass die Entwicklungen in Europa und die EU-Osterweiterung einen sichtlichen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl haben, wobei sozialdemographische Merkmale der Befragten deutliche Effekte erkennen lassen, dass diesbezüglich insgesamt aber eher eine realistische Einschätzung der Bürger vorherrscht. All dies ist – wie die Ergebnisse unserer längerfristigen Untersuchungsreihe erkennen lassen – vor dem Hintergrund von in den letzten Jahren deutlich verbesserten subjektiven Sicherheitswerten einzuordnen.

Die Anschläge im Juli 2005 in London und viele globale Entwicklungen lassen befürchten, dass mit verschiedenartigen terroristischen Aktivitäten islamischer Fundamentalisten weiterhin gerechnet werden muss, so dass auch ein entsprechendes Bedrohungsgefühl bestehen bleiben und vielleicht noch weiter um sich greifen wird. Auch die europäischen Erweiterungsprozesse lassen im Hinblick auf ihre Wahrnehmung durch die Bürger deutliche Ambivalenzen erkennen, die auch für die subjektive Sicherheit relevant bleiben dürften. Diesen Entwicklungen

sollte daher in der deutschen Sicherheitspolitik weiterhin angemessene Aufmerksamkeit zuteil werden. Dies schließt aus

### Konsequenzen für polizeiliche Ausbildung

unserer Sicht notwendig ein, dass dem bereits in der Ausbildung der Polizei in angemessener Weise Rechnung getragen wird, indem das Wissen über Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des internationalen Terrorismus wie auch über europäische Entwicklungen vertieft und entsprechende soziokulturelle Wissenshintergründe und interkulturelle Kompetenzen der Polizeibeamten angemessen weiterentwickelt werden (Thewes/Burgheim/Sterbling 2001; Sterbling 2002d). Noch etwas allgemeiner kann man wohl befinden, dass internationale und interkulturelle Aspekte in der Polizeiarbeit immer wichtiger werden, so dass die Polizeiausbildung darauf möglichst adäquat eingestellt werden sollte.

#### Anmerkungen:

1 Zur Zufriedenheit mit der Arbeit der Polizei und insbesondere zur Bürgerfreundlichkeit der Polizei in Sachsen liegen aufschlussreiche Befunde einer anderen Untersuchung vor, die sich auf entsprechende Befragungen von Bürgern, die zeitnah Kontakt zur Polizei hatten, stützen und die in 13 sächsischen Polizeirevieren durch-

geführt wurden (Burgheim/Dunker/ Sterbling 2002; Sterbling 2002a).

- 2 In unseren entsprechenden Analysen haben wir – soweit dies hier relevant ist – den Chi-Quadrat-Test angewandt. Wie in den Sozialwissenschaften gängig, sprechen wir von einem hoch signifikanten (h.s.) Zusammenhang auf dem 0,01 Signifikanz-Niveau ( $p < 0,01$ ), von einem schwach signifikanten (s.s.) Zusammenhang auf dem 0,05 Signifikanz-Niveau ( $p > 0,01$ , aber  $< 0,05$ ), und darüber von einem nicht signifikanten (n.s.) Zusammenhang ( $p > 0,05$ ).
- 3 Beide Merkmale hängen eng zusammen, zumal bei allen Befragten der Anteil der Arbeitslosen bei 12,4 Prozent, bei den Befragten ohne Ausbildungsabschluss aber bei 23,7 Prozent liegt. Der Anteil der Arbeitslosen an der Stichprobe darf übrigens nicht mit der Arbeitslosenquote (von rund 24 Prozent zum Erhebungszeitpunkt in Görlitz) verwechselt werden, da beide Größen sich auf unterschiedliche Basiszahlen – Wohnbevölkerung über 14 Jahren bzw. Zahl der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen – beziehen.
- 4 An dieser Stelle sei – verbunden mit einem entsprechenden Dank – angemerkt, dass die Befragungen in Görlitz wie auch die Untersuchungen in Hoyerswerda im Auftrag der kommunalen Präventionsräte und der Stadtverwaltungen durchgeführt und von diesen organisatorisch unterstützt wurden. Dies erfolgte mit der Zielsetzung, die Erkenntnisse der Untersuchungen in die praktische lokale Präventionsarbeit einfließen zu lassen, was in den zurückliegenden Jahren auch in verschiedener Weise geschah (Sterbling 2004b, S. 67 ff)

Das umfangreiche Literaturverzeichnis kann bei den Autoren oder bei der Redaktion unter [judith.hamm@hjv-verlag.de](mailto:judith.hamm@hjv-verlag.de) abgerufen werden.

## RECHT AKTUELL

### Verwertung von Erkenntnissen aus polizeirechtlicher Datenerhebung

**Die Ergebnisse einer rechtmäßigen zwecks Gefahrenabwehr vorgenommenen verdeckten polizeilichen Datenerhebung in oder aus Wohnungen dürfen grundsätzlich auch zu Beweis Zwecken im Strafverfahren verwertet werden, wenn sie der Aufklärung einer „Katalogtat“ gemäß § 100 c Abs. 2 StPO dienen.**

(Nichtamtl. Leitsatz)

#### Anmerkung:

Gestützt auf § 29 Abs. 1 rheinland-pfälzisches Polizei und Ordnungsbehörden-gesetz (POG Rh.-Pf.) erhob die Polizei

zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit mit technischen Hilfsmitteln Daten aus einer Wohnung. Die Maßnahme richtete sich gegen eine kriminelle Gruppe, die systematisch Betrugsstraftaten begehen wollte, um mit den Einnahmen terroristische Aktivitäten zu finanzieren. Nach § 100 d Abs. 6 Nr. 3 StPO ist die Verwertung dieser zwecks Gefahrenabwehr gewonnenen Informationen auch in einem Strafverfahren zulässig.

Voraussetzung ist allerdings, dass es sich um die Aufklärung einer schwer wiegenden, im Katalog des § 100 c Abs. 2 StPO genannten Straftat handelt. Keine

durchgreifenden Bedenken äußert der Senat an der Verfassungsmäßigkeit der Datenerhebungsnorm des § 29 Abs. 1 POG Rh.-Pf. Die Vorschrift erlaube eine Datenerhebung nur zur Abwehr einer (dringenden) Gefahr für wichtige Schutzgüter, nicht aber zwecks bloßer Straftatenvorsorge, die nach Auffassung des BVerfG in die Kompetenz des Bundes falle (s. zur Verfassungswidrigkeit der Telefonüberwachung in Niedersachsen: KRIMINALISTIK 2005, S. 653).

BGH, Beschl. v. 8. 9. 2005 – 8 AK 9/05

jv